

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 38. Sitzung des Stadtrates (SR/038/2012)

am Donnerstag, 15. März 2012,

16:00 Uhr

**im Kulturrathaus, Clara-Schumann-Saal, 2. Etage,
Königstraße 15, 01097 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Dr. Gudrun Böhm

Dr. Georg Böhme-Korn

Dr. Hans-Joachim Brauns

Jan Donhauser

Elke Fischer

Ingo Flemming

Dietmar Haßler

Steffen Kaden

Sebastian Kieslich

Lothar Klein

Lars-Detlef Kluger

Peter Krüger

Angelika Malberg

Christa Müller

Klaus Rentsch

Dr. Helfried Reuther

Monika Schiemann

Silke Schöps

Joachim Stübner

Gunter Thiele

Horst Uhlig

Anke Wagner

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Dr. Margot Gaitzsch

Kristin Klaudia Kaufmann

Tilo Kießling

Annekatriin Klepsch

Gunild Lattmann

Jens Matthis

Katrin Mehlhorn

Hans-Jürgen Muskulus

Andreas Naumann

André Schollbach

Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Daniels

Christiane Filius-Jehne

Margit Haase

Ulrike Hinz

Jens Hoffsommer

Thomas Löser

Andrea Schubert

Torsten Schulze

Gerit Thomas

Thomas Trepte
Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Peter Bartels
Axel Bergmann
Martin Bertram
Thomas Blümel
Sabine Friedel
Wilm Heinrich
Richard Kaniewski
Dr. Peter Lames
Albrecht Pallas

FDP-Fraktion

Matteo Böhme
Dr. Thoralf Gebel
Jens Genschmar
Dr. Frank Kroschinsky
Barbara Lässig
André Schindler
Burkhard Vester
Holger Zastrow
Jens-Uwe Zastrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer
Christoph Hille
Jan Kaboth
Anita Köhler

fraktionslose Stadträte

Jens Baur
Hartmut Krien

Abwesend:

-

Gäste:

Herr Prof. Michael Sanderling zu TOP 2
Herr Norbert Schuster zu TOP 2

Chefdirigent der Dresdner Philharmonie
Orchestervorstand der Dresdner Philharmonie

Schriftführerin:

Heidrun Volbrecht, Elsa Claus

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 1 | Bericht der Oberbürgermeisterin | |
| 2 | Aktuelle Stunde zur Zukunft des Kulturpalastes | A0546/12
beschließend |
| 3 | Sicherung der Zukunft von Kulturpalast und Philharmonie | A0554/12
beschließend |
| 4 | Weitere Öffnung des Kulturpalastes bis zum Ablauf der Betriebsgenehmigung | A0555/12
beschließend |
| 5 | Umbesetzung im Petitionsausschuss | A0532/12
beschließend |
| 6 | Nachwahl für die Verbandsversammlung und den Hauptausschuss des Zweckverbandes Oberelbe (Z-VOE) | V1477/12
beschließend |
| 7 | Umbesetzung im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit | A0547/12
beschließend |
| 8 | Umbesetzung im Ausschuss für Kultur | A0549/12
beschließend |
| 9 | Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung | A0548/12
beschließend |
| 10 | Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss | A0552/12
beschließend |
| 11 | Umbesetzung im Betriebsausschuss für IT-Dienstleistungen, Stadtentwässerung und Friedhofswesen | A0550/12
beschließend |
| 12 | Umbesetzung im Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen | A0551/12
beschließend |
| 13 | Umbesetzung im Zeitweiligen Ausschuss "Untersuchung des Verwaltungshandelns bei der Festsetzung von Straßenausbaubeiträgen" | A0553/12
beschließend |
| 14 | Umbesetzung im Ortsbeirat Prohlis | A0560/12
beschließend |
| 15 | Tagesordnungspunkte ohne Debatte | |
| 16 | Verkauf des Grundstückes Liliengasse 19 | V1353/11
beschließend |
| 17 | Neubau des Gymnasiums Bürgerwiese mit Dreifeldsporthalle, sowie Herstellung der Sport- und Pausenfreiflächen, Parkstraße 4, 01069 Dresden | V1383/11
beschließend |

18	Bebauungsplan Nr. 194 B, Dresden-Friedrichstadt Nr. 10, Stadthäuser (ehemaliges Bramsch-Areal) hier: 1. Abwägungsbeschluss 2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung	V1495/12 beschließend
19	Verordnung der Landeshauptstadt Dresden über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonntagen im Jahr 2012	V1423/11 beschließend
20	Verordnung der Landeshauptstadt Dresden über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem regionalen Anlass an Sonntagen im Jahr 2012	V1425/11 beschließend
21	Schaffung eines "Dresdner Revolutionsweges" als Gedenkweg mit ausgewählten Stationen zur Erinnerung an die Ereignisse und den Verlauf der Friedlichen Revolution 1989/90	V1337/11 beschließend
22	Sächsischer Familientag 2014 in Dresden	V0914/11 beschließend
23	Festlegung des Kostensatzes zur Betreibung des Übergangwohnheimes Hechtstraße 10	V1394/11 beschließend
24	Festlegung des Kostensatzes zur Betreibung des Übergangwohnheimes Hubertusstraße 36 c	V1415/11 beschließend
25	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6007, Dresden-Neustadt, Globus SB-Markt am Alten Leipziger Bahnhof hier: 1. Aufstellungsbeschluss vorhabenbezogener Bebauungsplan 2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes	V1234/11 beschließend
26	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6006, Dresden-Cotta, Am Frosch hier: 1. Aufstellungsbeschluss vorhabenbezogener Bebauungsplan 2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes	V1418/11 beschließend
27	Hochwasserschutz Laubegast - Weiteres Vorgehen einschließlich Umgang mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses	V1328/11 beschließend
28	Schlosspark Pillnitz muss unentgeltlich zugänglich bleiben	A0544/12 beschließend
29	Verbesserung der Bedingungen schulischer Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedarfen in Dresden	A0485/11 beschließend
30	Sondervermögen Schulbauten	A0521/12 beschließend
31	Deine Stadt - Dein Geld! Bürgerhaushalt jetzt vorbereiten!	A0526/12 beschließend

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 32 | Einrichtung von Fahrradstellplätzen | A0527/12
beschließend |
| 33 | Schulleitungen in die Schulnetzplanung einbeziehen | A0538/12
beschließend |
| 34 | Bildung eines Beirates zur Verbesserung der sozialen Integration wohnungsloser Menschen oder von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen in Dresden | A0540/12
beschließend |
| 35 | Gerechte Kosten der Unterkunft und Heizung - jetzt richtiges schlüssiges Konzept für Dresden | A0545/12
beschließend |
| 36 | Zukunftskonzept für die städtischen Krankenhäuser (10-Punkte-Plan) | A0558/12
beschließend |

Nicht öffentlich

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 37 | Vergleich Vertragsstrafen Privatisierungsvertrag Woba Dresden GmbH | V1550/12
beschließend |
|-----------|--|----------------------------------|

öffentlich

Einleitung:

Die Oberbürgermeisterin bedankt sich an dieser Stelle bei Herrn Ersten Bürgermeister Hilbert, der sie in den vergangenen Wochen und Monaten in den Stadtratssitzungen vertreten habe. Weiterhin danke sie allen Stadträtinnen und Stadträten, den Vertretern der Presse und den Dresdnerinnen und Dresdner für die Begleitung in den letzten Monaten, für die übermittelten Zeichen der Verbundenheit und die vielfältigen Mut machenden Gedanken, die sie in einer sehr schwierigen Zeit erreicht haben, aus denen sie viel Kraft und Zuversicht geschöpft habe.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die 38. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 15. März 2012, und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Abstimmung der Tagesordnung:

Der TOP 25 wird vertagt, da es hier noch Abstimmungsbedarf zwischen der Verwaltung und dem Investor gebe.

TOP 28 wird nach dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

TOP 21 wird vorgezogen und nach dem TOP 4 behandelt, da hier eine Wahl stattfinden müsse.

TOP 29 wird vertagt, da der Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften darüber noch nicht befunden habe.

TOP 30 wird vom Einreicher vertagt.

TOP 19 und 20 werden auf Grund der Thematik gemeinsam behandelt.

Die TOP 17, 23 und 24 können ohne Debatte behandelt werden.

Herr Stadtrat Schollbach beantragt zum TOP 28 Rederecht für Herrn Christian Decker, Mitglied der „Bürgerinitiative freier Parkzutritt“.

Er merkt weiter an, dass die Fraktion DIE LINKE. es nicht richtig finde, dass der TOP 37 nicht öffentlich behandelt werde, zumal die vermeintlichen Erfolge öffentlich dargestellt werden, die Kritik und die schwierigen, neuralgischen Punkte aber nicht öffentlich behandelt werden sollen. Ein solches wichtige Thema hätte öffentlich diskutiert werden müssen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht mehrheitlich zu.

Frau Stadträtin Müller beantragt zum TOP 2 Rederecht für Herrn Prof. Michael Sanderling, Chefdirigent der Dresdner Philharmonie.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht mehrheitlich zu.

Frau Stadträtin Filius-Jehne beantragt zum TOP 2 Rederecht für Herrn Norbert Schuster, Orchestervorstand der Dresdner Philharmonie.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten TO mehrheitlich zu.

1 Bericht der Oberbürgermeisterin

inhaltsleer

2 Aktuelle Stunde zur Zukunft des Kulturpalastes

**A0546/12
beschließend**

Herr Stadtrat Heinrich stellt fest, dass eine Aktuelle Stunde nicht aktueller nicht sein könne. Heute Morgen habe man aus der Presse die Neuigkeiten zur Finanzierung des Umbaus des Kulturpalastes erfahren können. Eine entsprechende Vorlage lag 13 Uhr den Fraktionen vor, die im Mittelpunkt der heutigen Diskussion stehe.

Laut Vorlage sollen 27 Mio. Euro aus dem Vermögen der Kreuzchorstiftung und der Sozialstiftung verwendet werden, 4,6 Mio. Euro aus der Konzessionsabgabe der DREWAG und 2,6 Mio. Euro aus der Investitionspauschale des Freistaates. Das sei die Kernaussage, die verbunden sei mit der Aufforderung der Oberbürgermeisterin, wer eine bessere Idee habe, solle es sagen.

Der Grundsatzbeschluss für den Umbau des Kulturpalastes mit einem reinen Orchestersaal wurde gefasst, als die Mehrheit des Stadtrates glaubte, dass der Umbau weniger koste als die Hälfte, die Hälfte von damals 65 Mio. Euro plus 13 Mio. Euro Risikobudget. Der aktuelle Stand betrage 70 Mio. Euro plus 11 Mio. Euro Risikobudget, bereits weitestgehend verplant, bevor ein einziger Stein bewegt wurde. Die Ausstattung koste 7,4 Mio. Euro, die Orgel müsse finanziert werden, das Umfeld des Kulturpalastes sei noch nicht enthalten, von den Betriebskosten und von den zukünftigen Zuschüssen, die der Kulturpalast benötige, sei noch nicht einmal die Rede.

Für ihn stelle sich die Frage, ob dieser Grundsatzbeschluss auch dann gefasst worden wäre, wenn damals schon klar gewesen wäre, dass die Stadt den Umbau ganz allein bezahlen müsse. Oder laute das Motto jetzt „Augen zu und durch, wer A sagt, muss auch B sagen“, beides Situationsbeschreibungen, die nicht immer mit souveränen und rationalen Entscheidungen einhergehen. Ein Motto lautet derzeit aber ganz sicherlich „Rein in die Stiftung, raus aus der Stiftung“. Wie fragwürdig diese Lösung sei, habe die Reaktion des Kreuzchores eindeutig gezeigt, Herr Kreile sei entsetzt über diese Lösung. An dieser Stelle sei wieder einmal Vertrauensporzellan zerschlagen. Wer sich bisher gefragt habe, ob man sich diesen Umbau wirklich leisten könne, dem müsste die Wahl dieser Finanzierungsquellen eigentlich zeigen, dass bereits vor Baubeginn Töpfe ausgekratzt werden, die eigentlich Tabu seien. Dies sei ein ganz schlechtes Zeichen. Ein schlechter Stil sei auch, dass die Kreuzchorstiftung erst unmittelbar vor der Pressekonferenz informiert worden sei. Die Stiftungsgremien der Sozialstiftung seien bis heute nicht über die Vorhaben informiert worden, sondern haben dies erst aus der Zeitung erfahren.

Er bittet Herrn Prof. Sanderling darauf einzugehen, wie er sich fühlen werde, in diesem Orchestersaal irgendwann zu spielen, der finanziert sei mit Mitteln, die eigentlich für eine Sozialstiftung vorgesehen waren. Wenn er in den Urlaub fahre und er müsse, um diesen Urlaub bezahlen zu können, das Sparschwein seiner kleinen Tochter schlachten, dann müsse er sich fragen, ob er überhaupt noch in den Urlaub fahren könne oder ob er das nicht besser sein lassen sollte. Das Auskratzen der Töpfe der Stiftungen sei da durchaus vergleichbar.

Wie gut die Idee der Oberbürgermeisterin sei, hänge ganz entscheidend davon ab, ob es bei den jetzt prognostizierten Baukosten bleiben werde oder ob es am Ende teurer werden wird. Da müsse er schon die Frage in den Raum stellen, warum die Bauplanung und die Berechnung der Baukosten eigentlich verlässlicher sein sollten als die Finanzplanung in dieser Angelegenheit. Er könne nicht davon ausgehen, dass die Verwaltung in diesem Punkt besser arbeite. Er erinnere an die Aussage, dass die 35 Mio. Euro Fördermittel sicher seien. Der erste Antragsentwurf wurde abgelehnt, danach wurden 100.000 Euro für einen neuen Antragsentwurf ausgegeben, der noch nicht einmal eingereicht wurde. Mündlich werde dann mitgeteilt, dass dieser Antrag keine Chance habe, jemals genehmigt zu werden. Eine schriftliche Ablehnung liege bis heute nicht vor.

Aus seiner Sicht sei das Ganze abstrus. Wenn die Baukostenkalkulation der Verwaltung nur halb so professionell sei wie die Finanz- und Fördermittelplanung, dann koste der Umbau unterm Strich vielleicht 120, 150 oder 180 Mio. Euro, keiner wisse das so genau.

Er führt weiter aus, dass die Sanierung im Bestand nicht für 20, 30 oder nicht einmal für 40 Mio. Euro zu haben sei. Was mindestens ausgegeben werden müsse, um den Kulturpalast weiterhin nutzen zu können, sei unklar. Die Rede sei davon, dass die Sanierung so viel koste, wie der radikale Umbau. Das sei einzig und allein eine Behauptung der Mitarbeiter des Hochbauamtes und von Beratern, die etwas haben von einer möglichst großen Bauvolumensumme. Mit diesen unglaublichen Aussagen sei jeder konfrontiert und schutzlos ausgeliefert, der den Kulturpalast so erhalten wolle, wie er ist.

Weiter werde behauptet, dass es keine kostengünstigere Lösung gebe, als einen Weltklasseorchestersaal in den Kulturpalast hineinzubauen, eine Bibliothek drumherum und die Herkuleskeule in den Keller. Er wolle nicht unhöflich sein, aber hier zeige der gesunde Menschenverstand einen Vogel. Selbst wenn das so wäre und die Sanierung im Bestand 80 Mio. Euro kosten würde, stelle sich die Frage, ob das Risiko einer Kostenexplosion bei diesem Umbauvorhaben nicht viel größer und die Kostenexplosion schon vorprogrammiert sei.

Er schlage eine unabhängige Prüfung zu folgenden Punkten vor:

- Was koste die zwingend notwendige Sanierung des Kulturpalastes im Bestand?
- Wie könne die Akustik im Saal verbessert werden, ohne den Kulturpalast völlig auf den Kopf zu stellen?
- Wie könne man sparen, um ein Finanzdesaster in der Zukunft zu verhindern?

Herr Prof. Michael Sanderling führt aus:

„Sie haben am 3. Juli 2008 nach intensiver Debatte einen für die Dresdner Philharmonie wichtigen, bedeutungsvollen und geradezu existenziellen Beschluss gefasst, nämlich den Umbau des Kulturpalastes zu einem erstklassigen Musikraum, der zu einem neuen Kulturmagneten in Dresden auch und besonders für Gastspiele internationaler Spitzenensemble avancieren kann.“

Das diesem Umbau zugrunde liegende Konzept sieht ein Kulturzentrum vor, das sich in der Mitte, im Herzen unserer Stadt gelegen, unter Einschluss der städtischen Bibliotheken Dresden und des Cabaret-Theaters „Die Herkuleskeule“ als Haus der Dresdner Bürger versteht und das damit auf vielfältiger Weise das kulturelle Zusammenleben und -erleben in Dresden ermöglicht, und das rund um die Uhr.

Dieser neue Saal im Kulturpalast ist aber nicht für das Renommee der Stadt Dresden unbedingbar, er bedeutet auch die zukunftsweisende Qualitätssicherung und ist Garant für die Weiterentwicklung der Dresdner Philharmonie, deren Chefdirigent ich bin.

Wenn der Satz, der in unseren Kreisen kursiert, richtig ist, dass ein Orchester nur so gut ist wie seine Heimstätte klingt, dann vollbringen die Musikerinnen und Musiker zwar seit Jahrzehnten Meisterleistungen, in dem sie trotz der heimischen akustischen Situation von Tokio bis San Francisco höchst erfolgreiche und bejubelte Gastspiele absolvieren, wie Sie z. B. auch am vergangenen Sonntag der jüngsten Kritik in der Zeitung „Die Welt“ zum New York-Gastspiel entnehmen konnten.

Aber er zeigt gleichzeitig auf, wie viel Potential bis jetzt unausgeschöpft bleiben musste. Seit über 20 Jahren gibt es Pläne und Diskussionen für einen Konzertsaal in Dresden. Immer wieder gab es Hoffnungen, gab es Rückschläge, sogar ein entnervter Chefdirigent gab auf. Es gab Irritationen und teilweise mag es auch Neid und Eitelkeiten gegeben haben. Jetzt gibt es zusätzlich zu all diesen erlebten Stadien eine ganz entscheidende neue Situation, denn auf Grund Ihres Beschlusses und im Wissen um die Funktionsuntüchtigkeit des jetzigen Saales im Kulturpalast, vor allem aber wegen der erwiesenen Alternativlosigkeit zu unserer aller Konzept haben wir inzwischen Fakten schaffen müssen und dies auch getan.

Die Vorbereitungen für den Aus- und Umzug der Philharmonie und die damit verbundenen künstlerischen Planungen sind so gut wie abgeschlossen. Und unser Publikum erwartet längst eine klare Ansage, wann wir, wohin wir, womit wir, aber vor allem wie lange wir aus- und umziehen. Dieses Signal wird dringend benötigt und kann nicht länger hinausgezögert werden.

Die Situation, die uns alle hier heute zusammenführt, nämlich die neue Konstellation in der Frage der Realisierung Ihres Beschlusses und bei der Suche nach wo möglichen bisherigen Versäumnissen darf und möchte ich politisch nicht bewerten, das steht mir nicht zu. Dazu fehlen mir ganz sicher viele Fakten und deswegen stehe ich nicht hier. Wenn ich das dankbar angenommene Rederecht hier und heute nutze, dann um aus meiner bisherigen Haltung eines Betroffenen, der die Entwicklung der Vergangenheit mit viel Zu- und auch mit viel Vertrauen in Sie beobachtet hat, hervorzutreten.

Ich möchte, ja geradezu muss ich Ihnen ganz klar und deutlich vor Augen führen, dass zum Zeitpunkt jetzt, ein aus welchen Gründen auch immer resultierender Aufschub oder gar eine Abwandlung Ihres eigenen Beschlusses zum Umbau des Kulturpalastes nicht weniger als ein Startschuss für den sicheren Niedergang der Dresdner Philharmonie in ihrer Eigenschaft als internationales anerkanntes Spitzenorchester Dresdens und damit als regionalen, nationalen und eben internationalen Kulturbotschafter bedeuten würde.

Neben dem sicher immensen politischen Imageschaden bei einer Abkehr Ihrer bereits beschlossenen und verkündeten Entscheidung pro Kulturpalastumbau käme dann noch ein weiterer, nicht wieder gut zu machender kultureller Verlust für Dresden hinzu. Verbunden mit einer verheerenden Außenwirkung weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Seien Sie sich bitte Ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Sie entscheiden nicht mehr allein über den Kulturpalast, sondern Sie entscheiden auch über nicht weniger als die Zukunft der Dresdner Philharmonie.

Trotz meines großen Verständnisses für die prekäre Lage, in die Sie sich nun hineinversetzt sehen bei der verantwortungsvollen Umsetzung der Beschlüsse appelliere ich an Sie und bitte Sie nachdrücklich, finden Sie unverzüglich und schnell eine Lösung für die offene Finanzierung des geplanten Kulturpalastumbaus, die nicht zu Lasten der Musikszene Dresdens geht, die die angestrebten Effekte des kulturellen Zusammenlebens in dieser Stadt ermöglicht und die eventuelle soziale Einschnitte ausschließt. Kultur darf kein Streitfall sein und werden. Sie ist keineswegs elitär, sondern für jeden von uns Hilfe beim sozialen Umgang miteinander.“

Herr Norbert Schuster, Orchestervorstand der Dresdner Philharmonie, bedankt sich für das erteilte Rederecht. In seinem Statement wolle er keine hier geäußerten Dinge politisch bewerten, sondern er spreche einfach aus seinem Empfinden heraus. Dieses Statement sei das Produkt einer gemeinsamen Wortfindung, deshalb werde er versuchen, sich an den Wortlaut zu halten.

„Ich möchte den Ausführungen unseres verehrten Herrn Chefdirigenten, Michael Sanderling, mit dem uns eine künstlerisch äußerst positive und fruchtbringende Liaison verbindet, ein paar ergänzende Sätze hinzufügen, die Ihnen die Sicht des Orchesters auf die aktuelle Situation nahebringen sollen.

Wie Sie sich denken können, sind wir Dresdner Philharmoniker auf Grund der jüngsten Entwicklungen um den Umbau des Kulturpalastes äußerst verunsichert. Nach der nun 20 Jahre dauernden Diskussion um einen angemessenen Konzertsaal für Dresden als Spielstätte der beiden in dieser Stadt beheimateten Spitzenorchester und möglichst vieler Gastensembles aus aller Welt, bietet sich nun mit dem Plan, die notwendige Grundrenovierung des Kulturpalastes mit dem Einbau eines erstklassigen Konzertsaaes zu verbinden, der den heute geltenden internationalen Standards entspricht, endlich eine realistische Zukunftsperspektive auch für die Philharmonie. Durch den Einzug der städtischen Bibliotheken und der Herkuleskeule in das gemeinsame Haus, kann ein veritables und äußerst attraktives Kulturzentrum geschaffen werden, welches den Standort im Herzen der Stadt quasi 24 Stunden am Tag mit Leben erfüllt.

Zu keinem Zeitpunkt hat sich die Dresdner Philharmonie gegen den Bau eines Konzerthauses ausgesprochen, allerdings gibt es hierfür nach aller Kenntnis bisher keine Finanzierungsperspektive, im Gegenteil. Das Land lehnt bis jetzt jede Beteiligung an einem solchen Projekt strikt ab. Was wäre widersinniger als zu behaupten, dann würde sie das größere Projekt eher umsetzen, wenn sie sich daran nicht beteiligt.

Wichtig ist uns deshalb nach wie vor das Ziel, für Dresden nach der Zerstörung der Stadt wieder einen zeitgemäßen, akustisch erstklassigen Konzertsaal zu bekommen, der es möglich macht, den Dresdnern und ihren Gästen optimale Konzerterlebnisse zu bieten. Man sollte sich vor Augen führen, dass unsere Kultur- und Musikstadt, die auf so viele bedeutende Kunsteinrichtungen zu Recht stolz sein kann, auch wenn nicht alle in städtischer Trägerschaft sind, bislang in puncto Konzertsaal geradezu nichts mit anderen Städten Vergleichbares zu bieten hat, wenn man einmal von einigen wenigen hervorzuhebenden Kammermusiksälen wie z.B. im Schloss Albrechtsberg, in der Hochschule für Musik, im Hygiene-Museum und der in Wiederentstehung begriffenen Kapelle im Residenzschloss absieht.

Deshalb haben wir große Hoffnungen in die Entscheidung der Stadt zum Umbau des Kulturpalastes gesetzt. Wir haben den Erklärungen zur Finanzierung mit Mitteln aus der EU-Städtebauförderung vertraut. Auch wenn inzwischen klar ist, dass EU-Mittel nicht verfügbar sein werden, ist der Plan, der durch den Stadtratsbeschluss besiegelt wurde, für uns ohne jede Alternative, da unser Institut ohne die Perspektive auf eine adäquate Spielstätte substantiell Schaden nehmen wird. Ich wollte das jetzt ein bisschen weiter ausführen, aber ich tue es nicht aus Zeitgründen. Es ist uns aber wirklich ernst mit dieser Perspektive.

Unsere soeben zu Ende gegangene Tournee nach New York hat erneut gezeigt, zu welchen Höchstleistungen unser Orchester in einem adäquaten Saal und unter adäquaten Verhältnissen fähig ist. Die Erfahrungen, die wir an vielen ähnlichen Konzertorten in aller Welt gesammelt haben, sind durch unsere Mitarbeit in die Planungen für den neuen Dresdner Konzertsaal weitgehend eingeflossen. Oberste Priorität hat hierbei auf jeden Fall die Saalakustik. Aber auch andere Aspekte fanden Berücksichtigung, so z. B., die hiesige Bühnengröße anhand des KKL in Luzern wurde optimiert, für die höchstmögliche Variabilität der Bühne stand die Berliner Philharmonie Pate und die negative Garderobensituation in Köln und Leipzig hat dazu geführt, dass wir darauf verwiesen haben, möglichst diese Fehler nicht zu machen.

Deshalb sind wir Dresdner Philharmoniker der Auffassung, dass alle wie auch immer gearteten „Ertüchtigungen“ des Kulturpalastsaales im Vergleich mit den vielen und mitunter äußerst beeindruckenden Saalneubauten weltweit absolut keine Lösung des Problems darstellen können.

Wir bitten Sie daher eindringlich dafür einzutreten, dass das Projekt Saalumbau termingerecht realisiert werden kann. Suchen Sie bitte den überparteilichen Dialog. Suchen Sie bitte gemeinsame Lösungsmöglichkeiten und bedenken Sie bitte bei Ihrer Entscheidung im April, die ganz sicher nicht einfach sein wird, die bei einem Scheitern des Projekts zu erwartenden und nachhaltig negativen Effekte für das Orchester der Landeshauptstadt und den Kulturstandort Dresden ganz allgemein.“

Herr Stadtrat Schollbach konstatiert, dass im Stadtrat darüber Einigkeit herrsche, dass man einen modernen Kulturpalast mit guten Bedingungen für die Dresdner Philharmonie brauche. Aber ein solches Großprojekt müsse auf solide finanzielle Fundamente gebaut sein. Dem, was gestern der Öffentlichkeit als sogenanntes Finanzierungskonzept verkauft worden sei, stehe das Windige und Unsolide geradezu auf der Stirn geschrieben. Da werden Gelder von hier nach da verschoben, im Kreis jongliert und zum Schluss habe man auf wundersame Weise einen Batzen Geld in der Hand. Der Bürgermeister für Finanzen und Liegenschaften, Herr Vorjohann, scheine hier ein finanzpolitisches Perpetuum mobile erfunden zu haben, was er sich patentieren lassen sollte.

Beim Durchlesen der Vorlage sei ihm eine frappierende Parallele zu seiner anwaltlichen Tätigkeit aufgefallen. Genau diese Art von Finanzkonstruktion tauche ganz häufig in Strafverfahren wegen Geldwäsche auf. Man glaube es kaum, auf solche Methoden wolle die Stadtspitze zurückgreifen. Es sei vor allem die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, die sich anmaße, den Griechen mit erhobenem Zeigefinger zu erklären, wie man mit Geld umzugehen habe. Und hier in Dresden agiere diese Partei wie ein halbseidener Gebrauchtgüterhändler auf einem rumänischen Rummelplatz. Wer so handle, müsse ziemlich verzweifelt sein.

An zwei konkreten Punkten verdeutliche er, wie die Öffentlichkeit und der Stadtrat von der CDU und der Stadtspitze getäuscht und betrogen worden sei, alles nachprüfbar anhand der ausgereichten Dokumente.

Der erste Satz der gestrigen Pressemitteilung der Stadt lautet:

„Der Umbau des Dresdner Kulturpalastes könnte noch dieses Jahr begonnen werden, wenn der Stadtrat dem angepassten Finanzierungskonzept zustimmt.“

Er habe die heute ausgereichte Vorlage bereits gelesen. Unter Punkt 4 des Beschlussvorschlages habe er entdeckt, nachdem ihm gestern noch erklärt wurde, es gebe ein Konzept, dem man nur zustimmen müsse. Er zitiert: „Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Gesellschaftsstiftungs- und steuerrechtlichen Voraussetzungen zu entwickeln, um das Vermögen der Stadtstiftung Dresdner Kreuzchor und der Sozialstiftung Dresden zur Finanzierung des Bauprojektes Kulturpalast einzusetzen.“ Von einem soliden, beschlussreifen und in Auftrag gegebenen Konzept sei man meilenweit entfernt. Da habe ganz offenbar der Bürgermeister für Finanzen und Liegenschaften eine halbseidene Idee gehabt, die der Öffentlichkeit und dem Stadtrat als fertiges Konzept verkauft werde.

Die Bürgerinnen und Bürger konnten heute in den Medien lesen, dass die Finanzierung des Kulturpalastes stehe. Diesen Satz kenne man aus diesem Saal, mehrfach geäußert vom Bürgermeister für Finanzen und Liegenschaften, der dem Stadtrat einreden wollte, dass das EFRE-Förderprogramm zur Finanzierung des Umbaus des Kulturpalastes genutzt werden könnte, wohlgerne jenes Förderprogramm, das im Wesentlichen zur Revitalisierung von Industriebrachen vorgesehen sei. Er habe lange gesucht und bis heute in der Dresdner Innenstadt keine Industriebrache gefunden.

Der Bürgermeister für Finanzen und Liegenschaften habe den Stadtrat getäuscht. Es brauche natürlich auch Stadträte, die bereit seien, sich in dieser Frage täuschen zu lassen, denn jeder der lesen könne, hätte wissen können, dass dieses Finanzierungskonzept auf Sand gebaut gewesen sei. Deshalb, wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, so sage es der Volksmund. Die Fraktion DIE LINKE. glaube diesen Versprechen und Ankündigungen nicht mehr.

Es sei ganz offensichtlich, dass es keine solide Finanzierung gebe. Solange es kein solides, seriöses und belastbares Konzept vorliege, dürfe mit dem Umbau nicht begonnen werden, weil dies ein finanzielles Abenteuer wäre, was sich die Stadt nicht leisten könne.

Deshalb schlage die Fraktion DIE LINKE. vor, den Kulturpalast nicht wie vorgesehen im Sommer zu schließen, sondern die Betriebserlaubnis auszunutzen und den ihn solange es geht offenzuhalten, bis geklärt sei, wie die Finanzierung aussehen solle.

Herr Stadtrat Zastrow gebe Herrn Stadtrat Heinrich Recht, dass diese Debatte sehr aktuell sei, vielleicht etwas zu aktuell, denn gerade zu diesem Thema gebe es fast täglich neue Informationen. Er hätte über den neuen Finanzierungsvorschlag der Verwaltung zuerst in der Fraktion oder der Partei ausführlich diskutiert, denn dieses Thema gehe nicht nur den Stadtrat etwas an. Bei einer solchen neuen, grundsätzlichen Sache hätte er sich gewünscht, dass man sich mehr Zeit genommen hätte und die Diskussion erst später geführt worden wäre. Deshalb tue er sich mit einer endgültigen Festlegung und einem abschließenden Urteil heute zu diesem Thema noch schwer.

Dass, was die Oberbürgermeisterin gestern vorgestellt habe, könne aus Sicht der FDP-Fraktion ein denkbarer Weg sein. Aber die Sanierung des Kulturpalastes könne nicht losgelöst betrachtet werden, sondern man müsse auch über andere Projekte in dieser Stadt sprechen, denn es nütze nichts, eine finanzielle Lösung für ein Einzelprojekt zustande gebracht zu haben, sondern man müsse generell mit in Betracht ziehen, wie man die Prioritäten bei den anstehenden Investitionen setzen wolle, ob man alle Investitionen, die zum Teil bereits im Stadtrat beschlossen worden seien, noch in diesen Ausbauformen realisieren könne oder ob man einige noch einmal auf den Prüfstand stellen müsse. Genau das wolle die FDP-Fraktion anregen und habe deshalb einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, der einen Kassensturz fordere, um eine Prioritätenliste erstellen zu können.

Herr Stadtrat Heinrich habe mit seinem Beispiel, nur in den Urlaub fahren zu können, wenn das Geld vorhanden sei, Recht. Die Frage sei nur, wie man das Problem lösen wolle. Eine Lösung, die er zwar auch nicht wolle, könnte der Verzicht auf eines der Kultur Großprojekte in Dresden sein. Wenn man über die Finanzierung des Kulturpalastes spreche, müsse man auch über die Finanzierung des Projektes Kraftwerk Mitte und über viele andere Dinge reden. Man könne nicht erst die Kür beschließen und vielleicht noch auf kreative Art und Weise ausfinanzieren, aber am Schluss stehe man da und habe kein Geld mehr für Pflichtaufgaben, wie z. B. Schulen, Kitas, die Vorrang haben.

Deshalb wünsche er sich eine offene Diskussion, wenn es darum gehe, einen Weg zu finden. Auch die FDP-Fraktion habe Ideen, die aber noch überdacht und beraten werden müssen. Wenn man es schaffen würde, alle Kulturprojekte zu realisieren, wäre es gut. Aber wenn wegen der Finanzierung des Kulturpalastes und des Kraftwerkes Mitte kein Geld mehr da sei und das Neuverschuldungsverbot gekippt werde, um die Schulen zu sanieren, werde die FDP-Fraktion das nicht mitmachen.

Er empfehle, noch einmal beim Projekt Schwimmhalle Freiburger Straße nachzudenken, ob es eine zweite 50-m-Bahn geben müsse. Nachdenken sollte man auch noch einmal darüber, ob die Stadt das Technische Rathaus selbst bauen müsse oder gebe es andere Alternativen. Überdenken sollte man auch, ob bei den Vorhaben der DVB AG, drei neue Linien zu bauen, eine weniger ausreichend wäre. Auch dazu gehöre, sich über Ausbaustandards im Straßenbau zu unterhalten.

Er verdeutlicht, dass für die FDP-Fraktion der Kulturpalast innerhalb der Kulturprojekte die höchste Priorität habe, denn man dürfe nicht zulassen, dass an dieser prominenten Stelle eine Investruine entstehe. Allerdings wisse er nicht, ob es der festgelegte Ausbaustandard sein müsse oder ob man an der einen oder anderen Stelle sparen könne.

Er könne die Ausführungen von Herrn Prof. Sanderling gut nachvollziehen. Trotzdem müsse er auch den Stadtrat verstehen. Durch den Wegfall von 35 Mio. Euro EU-Fördermittel, wobei dieser Antrag niemals die Chance auf eine Bewilligung gehabt habe, weil der Kulturpalast nicht in der Nähe einer Industriebrachestehe, sondern am Fuße der Frauenkirche, müssen neue Lösungen gefunden werden. An dieser Stelle könne nicht der Stadtrat in die Verantwortung genommen werden, sondern hier sei die Stadtverwaltung verantwortlich, die diesen Vorschlag unterbreitet habe.

Herr Stadtrat Kaboth verweist auf die Schwerpunkte dieser Aktuellen Stunde:

- Auswirkungen des Wegfalles der Fördermittel,
- Möglichkeit der Schließung der Finanzierungslücke,
- alternative Wege zur Finanzierung des Kulturpalastes.

Er bemerkt, dass durch die Verwaltung ein Finanzierungsvorschlag vorgelegt wurde und die Aktuelle Stunde eigentlich überflüssig wäre. Weiterhin sei er schon etwas verwundert, dass die Herren Stadträte Heinrich, Schollbach und Zastrow eine Diskussion angefacht haben, die eigentlich in den Ausschüssen zu führen sei, selbst der Einreicher sei nicht auf die Schwerpunkte eingegangen.

In Vorgesprächen habe die BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion darüber beraten, wer zu dieser Aktuellen Stunde reden sollte. Einzig und allein hätte an dieser Stelle die Stadtverwaltung dazu sprechen müssen, denn die BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion sehe sich außer Stande, etwas konkretes und aufschlussreiches zu den Auswirkungen des Wegfalles der Fördermittel zu sagen. Aus der Verwaltung sei keiner bereit gewesen, hier zu sprechen. Der einzige, der sich dazu bereit erklärt habe, sei Herr Prof. Dr. Flemming gewesen, allerdings sei dieser erkrankt. Deshalb spreche er auch in seinem Namen. In erster Linie gehe es um die Philharmonie, aber auch um das beschlossene Gesamtpaket, wo die Bibliothek und die Herkuleskeule eine Rolle spielen. Der Kulturpalast brauche die Bibliotheken, ob die Bibliotheken den Kulturpalast brauchen, stehe auf einer ganz anderen Seite.

Er verweist auf einen etwas ausschweifender Vergleich: Viele wissen, dass er Fan eines damaligen drittklassigen Fußballvereins sei und dem Umbau zu einem zweit- oder sogar erstklassigen Stadion zugestimmt habe. Mittlerweile sei der Verein in die Zweitklassigkeit aufgestiegen. Für ihn sei die Philharmonie erstklassig, gleichzusetzen mit der Champions League. Er fühle sich in der Pflicht, dafür auch für äußere Umstände bzw. Äußerlichkeiten zu sorgen. Weiter fühle er sich mit vielen Dresdnerinnen und Dresdner verbunden, die sehr wohl Fußball und Musik, Sport und Kultur in Verbindung setzen. Das gehöre einfach zu Dresden.

Er habe Bedenken, dass es irgendwann einmal ein Geisterkonzert der Philharmonie gebe, wo es zwar innen eine erstklassige Akustik gebe, aber nach außen übertragen werden müsse, weil für Zuschauer und Zuhörer der Platz nicht ausreiche. Er sehe da die Verbindung zum letzten Geisterspiel in Dresden.

Er sehe sich in der Pflicht, mit für einen erstklassigen Saal zu sorgen und freue sich, dass die Oberbürgermeisterin den gefassten Beschluss zum Umbau des Kulturpalastes mittrage und Vorschläge unterbreitet habe, über die in den Ausschüssen und im Stadtrat zu diskutieren sein werde. Erfreut sei er darüber, dass keine Kulturbauten gegeneinander ausgespielt werden.

Die Ausführungen von Herrn Stadtrat Zastrow könne er nicht ganz nachvollziehen, denn der würde nicht auf die Idee kommen, nur weil ein Verkehrszug in dieser Stadt bedeutend teurer werde, die Königsbrücker Straße etwas kleiner zu bauen. Das wäre zwar sehr erfreulich, aber er glaube es nicht.

Herr Stadtrat Dr. Lames bekennt, dass für ihn und seine Frau ein ganz entscheidender Faktor die beiden Orchester waren, sich für Dresden zu entscheiden. Wie gern würde man auch die von der Philharmonie geäußerten Wünsche, die vorgeben, nicht politisch zu sein, erfüllen. Ein hochpolitisches Wort sei heute zu hören gewesen, nämlich dass der vom Stadtrat gefasste Beschluss ohne Alternative sei. Bei dieser Aussage gehen bei ihm die politischen Warnlampen an, denn oft habe man schon hören müssen, dass es keine Alternative gebe, aber in Wirklichkeit wollte man nur darüber hinwegtäuschen, dass die Alternativen besser seien.

Er gebe Herrn Stadtrat Zastrow völlig recht, dass Prioritäten formuliert werden müssen, zu denen man aber auch stehen müsse. Dazu erinnere er an die Aussage der Bürgermeisterin, alle freien Mittel in Schulen und Kitas zu stecken. Die Halbwertszeit dieser Aussage habe man gestern erleben können. So könne man eine Stadt nicht führen.

Er stellt in diesem Zusammenhang klar, dass der Kulturpalast nicht so bleiben könne wie er jetzt sei. Auch das Kunstkraftwerk müsse gebaut werden, weil für die Staatsoperette und das TJG eine Zukunft formuliert werden müsse. Wichtig sei auch, die eine oder andere Straße oder Brücke zu bauen, allerdings müsse man sich über die Größe des Ausbaues unterhalten. Auch Schulen und Kitas müssen sein, und zwar existenziell und alternativlos.

Eines sei klar gesagt; ein moderner Konzertsaal müsse nicht sein. Dazu ein Wort an die Philharmonie. Dass dieser moderne Konzertsaal jetzt ganz ohne Alternative sei, widerlege die Philharmonie seit Jahren Tag für Tag sehr eindrucksvoll, konstant und konsequent. Deshalb tue es der SPD-Fraktion auch weh, an dieser Stelle nein sagen zu müssen, aber aus Verantwortung für die gesamte Stadt müsse das sein.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

3 Sicherung der Zukunft von Kulturpalast und Philharmonie

**A0554/12
beschließend**

Herr Stadtrat Kaboth finde es bedauerlich, dass der interfraktionelle Antrag in der letzten Stadtratssitzung nicht als Eilantrag zugelassen wurde. Er habe bisher keine Gelegenheit gehabt, die Vorlage zu lesen, da er sie erst heute erhalten habe.

Er erläutere und begründe den gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichten interfraktionellen Antrag und bittet folgende Änderungen im Beschlussvorschlag vorzunehmen:

Im Beschlusspunkt 1 wird gestrichen „zum 29.02.“ und dafür eingefügt „bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur ...“.

Im Beschlusspunkt 2 wird gestrichen „spätestens Mitte März 2012“ und dafür eingefügt „bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates eine öffentliche Anhörung ...“.

Der Beschlusspunkt 5 wird wie folgt ergänzt:

„... vor dem öffentlichen Teil der Ausschusssitzung ...“

Er habe wenig Verständnis dafür, dass die Landesregierung an dieser Stelle trotz geführter Gespräche nicht unterstützend tätig geworden sei.

Herr Stadtrat Kieslich habe für den interfraktionellen Antrag Verständnis. Er sei von der Sorge getragen, dem Kulturpalast eine sichere Zukunft zu geben. Auch für die CDU-Fraktion sei das ein wichtiges Anliegen. Deshalb habe man sich auch frühzeitig zu den Umbauplänen bekannt. Der Kulturpalastumbau habe aus städtebaulichen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Gründen oberste Priorität. Aus diesem Grund sei man sehr enttäuscht über die Absage der EU-Fördermittel gewesen.

Er verdeutlicht, dass die Philharmonie, die Bibliothek und die Herkuleskeule Planungssicherheit brauchen, da sie ihre Zukunft mit dem Umbau des Kulturpalastes verbunden haben. Das sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Die Stadtverwaltung habe ihre Pflicht getan und eine neue Vorlage zur Finanzierung des Kulturpalastes erarbeitet. Die CDU-Fraktion sehe deshalb den interfraktionellen Antrag als erledigt an. Er hätte es insbesondere nach der soeben geführten Aktuelle Stunde sehr begrüßt, wenn man sich in den Ausschüssen ganz sachlich der Vorlage hätte widmen können. Die Oberbürgermeisterin habe einen machbaren Weg vorgelegt, wie der Umbau des Kulturpalastes finanziell gemeistert werden könne und alle eingeladen, darüber sachlich und vorurteilsfrei zu diskutieren. Daran wolle die CDU-Fraktion sich auch halten.

Die Stadträte seien nunmehr am Zug. Die Debatte zu diesem Punkt bringe aber in keiner Weise sachlich weiter, eher erhalten die Gegner des Projektes Gelegenheit, den Umbau des Kulturpalastes weiter zu zerreden. Die gestrigen Pressemitteilungen seien ein Beleg dafür. Er zitiert Aussagen von Herrn Stadtrat Schollbach, der von einem windigen und unsoliden Konzept gesprochen habe, ohne die Vorlage zu kennen. Er frage sich, wie er zu einem solchen Urteil kommen konnte, zumal den Stadträtinnen und Stadträten das neue Finanzierungskonzept überhaupt noch nicht vorgelegen habe. Bislang habe er auch noch keine Vorschläge oder Ideen der Fraktion DIE LINKE. zur Finanzierung des Umbaus gehört. Er nehme auch der Fraktion DIE LINKE. die Kritik, was die Kreuzchorstiftung angeht, nicht ab, denn bisher habe sie sich für den Dresdner Kreuzchor noch nie eingesetzt.

Frau Stadträtin Klepsch konstatiert, dass der Kulturpalast ein räumliches und emotionales Herzstück bei den Dresdnerinnen und Dresdnern sei.

Sie geht auf die Ausführungen von Herrn Stadtrat Zastrow ein, der richtigerweise davon gesprochen habe, dass die ordentliche Bereitstellung von Schulen und Kitas eine Pflichtaufgabe sei. Allerdings habe er dabei leider vergessen zu erwähnen, dass es auch in anderen Bereichen Sanierungsstaus gebe, so z. B. in der Kultur.

Weiter verweist sie darauf, dass immer wieder das Neuverschuldungsverbot angesprochen werde. Dies sei hausgemacht und durch die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion der Stadt auferlegt. Inzwischen habe auch der Bürgermeister für Finanzen und Liegenschaften, Herr Vorjohann, gemerkt, dass die Stadt sich mit diesem Neuverschuldungsverbot einen „Fallstrick gebaut“ habe. Das vorliegende Finanzierungsmodell laufe letztlich auf das Borgen von Geld aus eigenen städtischen Institutionen hinaus, was nicht schlecht und auch kreativ sei. Aber es sei schon interessant, wie man selbst über seinen eigenen Schatten springen und ein paar Umwege gehen müsse, um am Ende die wichtigen politischen Projekte zu finanzieren.

Herr Vorjohann schlage in der Vorlage vor, das Stiftungskapital der beiden Stiftungen zu verwenden. Interessant sei für die Fraktion DIE LINKE. gewesen, dass er auf Nachfrage der Presse erklärt habe, dass nach Auskunft der zuständige Rechtsaufsicht eine Verwendung der Gelder möglich wäre. An dieser Stelle schrillen bei ihr die Alarmglocken, denn genau eine solche Argumentation habe sie schon einmal gehört, als es um die 35 Mio. Euro Förderung des Freistaates ging. Das Vertrauen gegenüber von Herrn Bürgermeister Vorjohann sei verspielt.

Sie verweist auf den Beschlusspunkt 4 der Vorlage, wonach die Oberbürgermeisterin beauftragt werde, die Gesellschafts-, Stiftungs- und steuerrechtlichen Voraussetzungen zu entwickeln, um das Vermögen der beiden Stiftungen zur Finanzierung einzusetzen. Dafür wünsche sie der Oberbürgermeisterin viel Glück.

Auf die Anmerkungen von Herrn Stadtrat Kieslich eingehend, stellt sie klar, dass es seitens der Fraktion DIE LINKE. zahlreiche Treffen mit Vertretern der Philharmonie und der Herkuleskeule gegeben habe und man sich sehr wohl mit der Situation und dem Handlungsdruck vertraut gemacht habe. Dass im Wahlprogramm nicht ausgerechnet der Kreuzchor aufgezählt wurde, habe damit zu tun, dass es in der Kulturstadt Dresden so viele Kultureinrichtungen gebe, um alle zu benennen, um die man sich kümmern wolle.

Die Fraktion DIE LINKE. werde dem interfraktionellen Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Löser erinnert daran, dass seit 20 Jahren der Dresdner Philharmonie eine Verbesserung der fundamentalen schlechten Situation versprochen werde. Unwürdig sei, wie dieses Projekt in den Sand gesetzt werde. Er könne nicht verstehen, wenn von Seiten der Stadt kommuniziert werde, dass das Land seine Zusage leider nicht eingelöst habe und die 35 Mio. Euro aus dem Strukturfonds nicht gezahlt werden. Für die Finanzierung zu sorgen, sei die Aufgabe der Stadt.

Er erinnert daran, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen immer für ein Konzerthaus im Kulturpalast ausgesprochen habe. Nunmehr sei eine Situation entstanden, wo die Stadt in Handlungszwänge komme, denn es gehe ums Überleben der Dresdner Philharmonie.

Er habe Akteneinsicht zu diesem gesamten Vorgang genommen und sei empört darüber, wie der Ausfall der Fördergelder verkauft werde. Die Firma, die dieses Gutachten für die Stadt erarbeitet habe, sei in ihrer Schlussfolgerung dazu gekommen, dass der Antrag förderfähig sei. Herr Vorjohann habe erklärt, dass der Antrag beim Land eingereicht, allerdings nie weitergereicht wurde. Er frage sich, warum und was stecke dahinter. Wer spiele hier mit offenen Karten und wer nicht? Diese Frage sei klar zu beantworten. Er wolle klare Aussagen und nicht die Ausrede hören, dass das Land die Stadt leider im Stich gelassen habe. Vor zwei Jahren habe ein Bürgermeister bereits davor gewarnt, dass die 35 Mio. Euro nicht kommen werden. Ein weiterer Bürgermeister habe geäußert, wenn das Geld nicht komme, werde einfach ein anderes Finanzierungsmodell vorgelegt, das Geld komme dann irgendwo her. Nun könne man raten, wer gemeint sei.

Er stellt fest, dass das Vertrauen der Dresdner Bevölkerung erschüttert sei, was die Finanzierung und das gesamte Projekt anbelangt. Die gestrige Pressekonferenz sei eine Show und ganz großes Kino gewesen. Deshalb halte er es für dringend erforderlich, eine schnelle, verantwortungsbewusste und transparente Lösung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern von der Verwaltung mit Unterstützung von unabhängigen Fachleuten vorgelegt zu bekommen.

Er bittet um Zustimmung zum interfraktionellen Antrag.

Herr Stadtrat Heinrich unterstützt den interfraktionellen Antrag. Kern des Antrages sei die Anhörung von unabhängigen Fachleuten.

Er gebe Herrn Stadtrat Zastrow dahingehend Recht, dass man die Gesamtheit im Auge behalten müsse. Trotzdem müsse man auch bei Einzelprojekten prüfen, ob diese nicht billiger zu realisieren seien. Er frage sich, ob es beim Kulturpalast nicht einen Mittelweg zwischen der reinen Sanierung im Bestand und dem Umbau in einen Spitzenorchestersaal gebe. Sei dieser Mittelweg gesucht und alle Alternativen geprüft worden?

Er habe das Gefühl, dies sei nicht geschehen. Ein Beispiel sei der Einbau der Decke, der die Philharmonie von der Herkuleskeule trenne. Er frage sich, ob dieser Einbau nicht teurer wäre als die Sanierung im Bestand. Weiterhin gebe es Hinweise von Herrn Prof. Nietzold, dass für die Sanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes ganz andere Brandschutzauflagen gelten als für den kompletten Umbau eines solchen Gebäudes. Darüber habe der Stadtrat noch nicht diskutiert.

Er führt weiter aus, dass die Bibliothek seines Erachtens im WTC bleiben könne, da sie in ihrer Existenz nicht gefährdet sei. Auch die Herkuleskeule sei in ihrer Existenz nicht gefährdet, da es viele denkbare Spielstätten in Dresden gebe. Warum sollte sie nicht mit ins Kulturkraftwerk eingebunden werden? Auch darüber sollte man nachdenken.

Dafür, dass Herr Prof. Sanderling seiner Bitte, darauf einzugehen, wie er sich fühle, wenn er in einem mit Mitteln der Sozialstiftung gebauten Orchestersaal spielen könne, nicht nachgekommen sei, habe er Verständnis. Dennoch bitte er ihn, später oder der Presse gegenüber die Kulturbrille, die er verständlicherweise trage, ein wenig abzulegen und sich in der Welt umzusehen. In diesem Zusammenhang scheue er sich nicht, einen Vergleich zu formulieren. Herr Prof. Sanderling sei ein guter Gastredner gewesen. In der Sitzung des Stadtrates am 9. Februar 2012, als es um die Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze ging, habe eine Gastrednerin davon gesprochen, dass sie in Hartz IV abgerutscht sei, weil sie keinen Krippenplatz bekommen habe. Das sei auch eine Realität, die auch Kulturleute ständig im Blick haben müssen.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn beantragt eine Auszeit von 5 Minuten vor der Abstimmung. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Herr Stadtrat Böhme habe keine Gelegenheit gehabt, sich die Vorlage näher anzuschauen, da er sie heute erst bekommen habe. Eine ausführliche Diskussion dazu werde in den Ausschüssen erfolgen. Deshalb sehe er den interfraktionellen Antrag als überflüssig an und habe gehofft, dass er zurückgezogen werde.

Die FDP-Fraktion lehne den Antrag ab.

Herr Stadtrat Krien verweist darauf, dass die Verwaltung gestern Mittag verkündet habe, dass der Umbau des Kulturpalastes stattfinden werde, unabhängig von Fördermitteln. Dem stimmen die fraktionslosen Stadträte zu, denn sie haben sich schon immer dafür ausgesprochen, bis zu 100 Mio. Euro in den Kulturpalast zu investieren, denn Dresden brauche einen Konzertsaal auf höchstem Niveau.

Er könne das ganze Gezeter um die Fördermittel nicht verstehen. Man befinde sich in Personalunion BRD-Bürger, Sachsen und Dresdner und habe einen Anspruch auf das eigens erwirtschaftete Geld. Wenn die Mächtigen Deutschlands dies nicht ständig verhindern würden, wäre man nach einem Volksentscheid schneller aus dem Euro draußen als Griechenland.

Die Kampagne der NPD heiße: „Raus aus dem Euro“, dann sei die Finanzierung für den Kulturpalast und vieles andere mehr gesichert.

Herr Bürgermeister Dr. Lunau bemerkt hinsichtlich des interfraktionellen Antrages, dass für die Verwaltung die Beschlusspunkte 1, 3 bis 5 in der Originalfassung unproblematisch seien. Schwierig sei der Beschlusspunkt 2.

Wenn man sich die Vorlage anschau, werde man feststellen, dass die Kosten immer dann annähernd bei 80 Mio. Euro liegen, wenn es Planungen gegeben habe. Machbarkeitsstudien und Kostenschätzungen seien von wesentlich geringeren Beträgen ausgegangen. Immer dann, wenn es konkret und in das Planungsstadium überführt wurde, sei klar geworden, dass das Ganze für nicht weniger als diese Summe zu haben sei, er verweise auf Seite 63 der Vorlage.

Bei einer wirklich nachvollziehbaren Prüfung durch unabhängige Sachverständige würde man über Planungsstände reden, die mitnichten bis April zu erbringen seien. Da er selbst an den gegenwärtigen Planungsprozessen beteiligt sei, könne er einschätzen, was für ein Maß und Intensität an Arbeit dahinterstecke, die vermutlich nicht einmal mehr in diesem Jahr zu erbringen sei.

Auch die geforderte Anhörung werde bis 4. April 2012 nicht zu leisten sein, weil belastbare Zahlen bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu erbringen seien.

Frau Stadträtin Filius-Jehne könne sich nicht erinnern, dass Herr Stadtrat Heinrich dem damaligen Beschluss zur Sozialstiftung zugestimmt habe, deshalb könne sie die „Krokodilstränen“ in dieser Form nicht verstehen.

Sie spricht sich für die Aufrechterhaltung des interfraktionellen Antrages aus. Gestern sei durch die Verwaltung ein Finanzierungsvorschlag unterbreitet worden, der rechtlich noch nicht abgesichert sei, laut Vorlage solle das erst mit Beschlusspunkt 4 geschehen. Sie wolle nicht mehr nur leere positive Signale vom Land, sondern schwarz auf weiß, dass es rechtlich möglich sei.

Sie ergreife gern diesen Strohalm, denn ihrer Meinung nach schulde man der Philharmonie sei 20 Jahren diesen Saal. Nicht nachvollziehen könne sie, wie man eine solche Thematik anfassen und gleichzeitig schon wieder politisches Porzellan zerschlagen könne, siehe gestrige Pressekonferenz. Am Ende stehe heute in der Zeitung, dass der Kreuzchor den Umbau des Kulturpalastes bezahle. Dies sei die Fortsetzung eines Dilettantismus, der leider schon die ganze Zeit mit den Finanzierungsvorschlägen zusammenhänge.

Wenn es rechtlich gehe und die Stiftungen ihr Geld nicht auf die Bank, sondern in die Kapitalgesellschaft Kulturpalast legen, müsse der Erlös der Stiftungen auch den Stiftungen weiter als Mehrwert zugutekommen, sonst stehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dafür nicht zur Verfügung.

Sie spricht sich für den interfraktionellen Antrag aus und bittet um Zustimmung.

5 Minuten Auszeit

Herr Stadtrat Kaboth erläutert noch einmal die Änderungen zum interfraktionellen Antrag:

1. bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur ...
2. bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates eine öffentliche Anhörung ...

Der letzte Satz wird gestrichen.

3. Bleibt unverändert.
4. Bleibt unverändert.
5. ... vor dem öffentlichen Teil der Ausschusssitzung ...

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem geänderten Beschlusspunkt 1 im interfraktionellen Antrag mit 37 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem geänderten Beschlusspunkt 2 im interfraktionellen Antrag mit 37 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem unveränderten Beschlusspunkt 3 im interfraktionellen Antrag mit 39 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem unveränderten Beschlusspunkt 4 im interfraktionellen Antrag mit 40 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem geänderten Beschlusspunkt 5 im interfraktionellen Antrag mit 38 Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Persönliche Erklärung von Herrn Dr. Böhme-Korn zum Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion:

„Es ist schon gesagt worden, ich will es noch einmal für die Öffentlichkeit, auch für die Medien, ganz deutlich sagen, wir lehnen damit keinesfalls die Finanzierung des Kulturpalastes ab. Wir halten aber diesen Antrag für völlig überflüssig. Alles, was dafür notwendig ist, ist vorgelegt worden und darauf kann man sehr gut und sehr sicher weitere Beschlüsse fassen.“

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Schollbach, Fraktion DIE LINKE.:

„Ich bin angegriffen worden durch den Redner der CDU-Fraktion, er hat zwar korrekt aus meiner gestrigen Pressemitteilung zitiert, aber eine unzutreffende Unterstellung verbreitet, die ich zurückweisen möchte. Er hat erklärt, ich hätte ohne Kenntnis Ihrer Unterlagen diese bereits kommentiert. Das stimmt nicht. Die Fraktion DIE LINKE. war mit mehreren Stadträten auf der Pressekonferenz der Stadtspitze anwesend. Sie haben dort die Unterlagen erhalten. Wir haben uns die Unterlagen angeschaut, darüber diskutiert und diese dann kommentiert.“

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Heinrich, SPD-Fraktion:

„Eine kurze persönliche Erklärung, weil Frau Filius-Jehne mich angesprochen hat. Die königlich-sächsische Sozialdemokratie zu Dresden hat der Gründung der Kreuzchorstiftung und der Sozialstiftung nicht zugestimmt, aus einem einzigen guten Grund: Wir haben damals gesagt, wir wollen die Mittel unmittelbar verwenden für Investitionen und sonstigen Finanzierungsbedarf im Kultur- und Sozialbereich. Das erschien uns sinnvoller.“

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur den Fraktionen des Dresdner Stadtrates einen Finanzierungsvorschlag für den geplanten Umbau des Kulturpalastes vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie die nicht fließenden EU-Mittel in Höhe von 35 Mio. Euro kompensiert werden können,
2. im Rahmen einer Sondersitzung der Ausschüsse Kultur, Stadtentwicklung und Bau und Finanzen und Liegenschaften bis spätestens zur nächsten Sitzung des Stadtrates eine öffentliche Anhörung unabhängiger Fachleute durchzuführen, die sich zu der Frage äußern, welche Baumaßnahmen bei einer Zielsetzung „denkmalgerechte Sanierung mit akustisch hochwertigem Saal für die Philharmonie“ mit den für das Umbau-Projektbudget veranschlagten Eigenmitteln realistisch möglich sind,
3. diese angesetzten Eigenmittel verbindlich für den Kulturpalast zu reservieren,
4. zur Begleitung möglicher neuer Planungen die vorhandene, jedoch um Betreiber und Nutzer des Kulturpalastes erweiterte Lenkungsgruppe in regelmäßigen Abständen (mindestens einmal monatlich) zur Beratung heranzuziehen,

5. dafür Sorge zu tragen, dass alle Planungsunterlagen, die im Auftrag der Stadt und durch die Stadt im Zusammenhang mit dem Umbau und der Sanierung des Kulturpalastes angefertigt wurden, vor dem öffentlichen Teil der Ausschusssitzung zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Zustimmung

Pkt. 1: Ja 37 Nein 29 Enthaltung 0

Pkt. 2: Ja 37 Nein 33 Enthaltung 1

Pkt. 3: Ja 39 Nein 30 Enthaltung 1

Pkt. 4: Ja 40 Nein 31 Enthaltung 0

Pkt. 5: Ja 38 Nein 30 Enthaltung 1

4 Weitere Öffnung des Kulturpalastes bis zum Ablauf der Betriebsgenehmigung

**A0555/12
beschließend**

Frau Stadträtin Lattmann erläutert und begründet den Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 8. Februar 2012.

Wortmeldungen:

Frau Stadträtin Müller stellt klar, dass die CDU-Fraktion dem Antrag sowie dem Ergänzungsantrag nicht zustimmen werde. Es sei grundsätzlich verkehrt, den Kulturpalast ein halbes Jahr länger offenzuhalten. Die Schließung müsste dann innerhalb einer Spielzeit vorgenommen werden. Personalentscheidungen seien bereits getroffen worden.

Sie verweist auf gültige Stadtratsbeschlüsse und darauf, dass es bereits Verhandlungen mit zukünftigen Vermietern für Veranstaltungen gebe. Herr Prof. Sanderling habe in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, dass es Zeit sei, zu handeln. Aber man habe keine Zeit mehr. Die Philharmonie sei nicht nur für Dresden wichtig sei, sondern man müsse auch den Wirtschaftsfaktor mit in Betracht ziehen. Wenn die Querelen weiter so gehen, werde man noch mehr Abonnenten verlieren. Die Besucher der Philharmonie sowie des Kulturpalastes brauchen dringend eine Sicherheit, wo sie zukünftig hingehen können.

Frau Stadträtin Filius-Jehne beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor der Abstimmung eine Auszeit von 5 Minuten.

Sie kritisiert, wie mit den Mitarbeitern der KKG umgegangen worden sei. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe schon lange ein Personalentwicklungskonzept gefordert. Herr Bürgermeister Dr. Lunau habe in ihrer Gegenwart dem Aufsichtsratsmitglied Thomas Löser erklärt, dass der Personalrat der Stadt Dresden die Aufnahme von Mitarbeitern der KKG blockiere. Das habe sich in Gesprächen mit dem Personalrat als nicht wahr herausgestellt.

Einerseits fühle sie sich gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KKG sowie den Veranstaltern der Unterhaltungskunst verpflichtet, bei einer Verlängerung der Öffnungszeit die Mitarbeiter, so lange wie sie nützlich einsetzbar seien, zu beschäftigen, andererseits brauche die Philharmonie unbedingte Planungssicherheit, denn sie müsse kommunizieren, wo sie in der nächsten Spielzeit ihre Veranstaltungen durchführen werden. Sie wolle nicht, dass bei einer Verlängerung der Öffnung des Kulturpalastes per Ukas von oben gefordert werde, dass die Philharmonie ihre Konzerte dieses halbe Jahr noch an diesem Standort durchführen müsse. Sie bittet Herrn Bürgermeister Dr. Lunau um eine Auskunft dazu.

Herr Stadtrat Heinrich stellt richtig, dass es weder einen Stadtratsbeschluss noch einen Beschluss des Aufsichtsrates zur früheren Schließung des Kulturpalastes gebe, sondern es gebe eine Festlegung der Gesellschafterin, die früher anfangen wollte, um früher fertig zu sein, um die Fördermittel rechtzeitig abrechnen zu können.

Wenn man den Vorschlag bewerten wolle, müsse man in die Kostenstruktur der KKG hineinschauen. Einerseits gebe es Personalkosten, andererseits Sachkosten. Die Personalkosten fallen bis Ende September in voller Höhe an. Alle ausgesprochenen Kündigungen werden zum 30.09.2012 wirksam, so dass im III. Quartal die vollen Personalkosten in der Bilanz sein werden. Erst im IV. Quartal werden Personalkosten gespart werden können, die Personalkosten betragen etwa 570 000 Euro insgesamt. Die sonstigen Kosten seien weitestgehend variabel, d. h., wenn gespielt werde, fallen Kosten an, ansonsten seien die Kosten hinfällig.

Er stellt klar, dass die entscheidende Frage sei, wie viele Konzerte im 2. Halbjahr stattfinden könnten. Dazu gebe es verschiedene Aussagen von Konzertveranstaltern. Wissen müsse man auch, ob die Philharmonie im Kulturpalast noch spielen wolle. Wenn nicht, würde sich die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes nicht lohnen. Auf jeden Fall verursache die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes Mehrkosten, die allerdings auch so entstehen würden. Er verweist auf den Beschlusspunkt 2 der Vorlage.

Herr Stadtrat Böhme bemerkt, dass der Wunsch, den Kulturpalast bis Ende des Jahres offenzuhalten, sicherlich schön und fromm sei, dem man auch zustimmen könne. Wenn er sich aber anschauere, dass bis dato für die 2. Hälfte im Jahr 2011 kein einziges Konzert im Kulturpalast, welches Einnahmen generieren könnte, akquiriert sei und für die Planung von Konzerten und Veranstaltungen ein Vorlauf von mindestens einem Jahr benötigt werde, frage er sich schon, wie das in der Praxis jetzt noch umgesetzt werden solle.

Leider funktioniere auch nicht, die Mitarbeiter noch drei Monate länger arbeiten zu lassen und laut Herrn Stadtrat Heinrich 570 000 Euro einzusparen, denn durch die Aufrechterhaltung des Betriebes und die Personalkosten entstehen zusätzliche Mehrkosten in Höhe von mehreren Mio. Euro, Geld, was für den Umbau dringend benötigt werde.

Die FDP-Fraktion sehe den Antrag sowie den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. als pure Show-Anträge, hinter denen keinerlei finanzielle Deckung stehe, im Gegenteil, es entstehen zusätzliche Kosten. Deshalb lehne die FDP-Fraktion beide Anträge ab.

Die Oberbürgermeisterin frage nach, ob vom Einreicher des Antrages noch einmal das Wort gewünscht werde.

Frau Stadträtin Lattmann stellt fest, dass es schwierig sei, auf die Argumente, die keine seien, zu reagieren. Mit keinem Wort sei darauf eingegangen worden, dass es eine große Gruppe von Unterhaltungsveranstaltern gebe, die über viele Jahre mit zum Erfolg des Kulturpalastes beigetragen haben und sich dafür einsetzen werden, dass im letzten Vierteljahr Konzerte stattfinden werden. Vor allem Herr Aust werde dabei an der Spitze stehen. Auch die Messe könnte davon profitieren, denn zum jetzigen Zeitpunkt seien die Gastspiele dort noch sehr umstritten.

Sie finde es bedauerlich, dass die Anträge A0554/12 sowie A0555/12 nicht schon in der letzten Sitzung des Stadtrates am 9. Februar 2012 als Eilanträge angenommen wurden, wo sie vom Zeitablauf her viel sinnvoller gewesen wären. Zwischenzeitlich habe sich die Situation verändert, so z. B. bei der Philharmonie hinsichtlich ihres Spielplanes. Das Geld für den Kulturpalast haben im letzten Halbjahr andere Musikveranstaltungen erbracht.

Sie bittet nochmals um Zustimmung zum Antrag.

Die Oberbürgermeisterin fragt nach, ob damit gleichzeitig der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 15. März 2012 mit eingebracht wurde. Diese Frage werde bejaht.

Herr Bürgermeister Dr. Lunau stellt folgenden Sachverhalt richtig:

Er habe im Beisein von Frau Stadträtin Filius-Jehne sehr wohl über Problem Personalrat der Stadt gesprochen, habe aber keine so pauschale Aussage getroffen. Es gebe einen konkreten Fall, der auch dokumentiert sei.

Zur Frage, ob die Philharmonie „gezwungenermaßen“ im Kulturpalast spielen solle oder müsse, stellt er klar, dass es für die Philharmonie sehr wichtig sei, innerhalb einer Spielzeit ein hohes Maß an Kontinuität zu Spielstätten zu haben. Insofern spreche sehr viel dafür, nicht mitten in einer Spielzeit vom Kulturpalast woanders hinzuwechseln. Das Problem sei nur, dass jede dieser Varianten Geld koste. Er plädiere dafür, für die Philharmonie möglichst eine Spielstätte zu suchen, wo sie die ganze Spielzeit bleiben könne. Dazu verweist er auf Beschlusspunkt 2 der noch zu behandelnden Vorlage.

Zum Thema Personalkosten liege Herr Stadtrat Heinrich mit den 500 000 Euro relativ richtig, er selbst sei auf etwa 600 000 Euro gekommen. Der Umstand, dass Personal für das III. Quartal noch bezahlt werden müsse, sei kein Argument, auch noch für das IV. Quartal zu bezahlen. Im Übrigen gehe es bei der Aufrechterhaltung des Betriebes des Kulturpalastes nicht nur um die Personalkosten, sondern auch um Betriebskosten, die notwendig seien, so lange das Haus in Betrieb ist. Das bedeute, dass die KKG für zwei Quartale 60 Unterhaltungsveranstaltungen akquirieren müsste, um das ohnehin bestehende Defizit nicht größer werden zu lassen. Dies sei völlig ausgeschlossen. Er hätte es begrüßt, wenn der Antrag der Fraktion DIE LINKE. in den Ausschüssen beraten worden wäre.

Was die in der Vorlage genannten Mehrkosten für 2012 für die Philharmonie angehe, verweist er darauf, dass diese vor allem für die Herrichtung der Probespielstätten, für bauliche Aufwendungen anfallen, egal, ob die Periode 2012 oder 2013 beginne. Dringend erforderlich sei der Baubeginn 2012, um im September 2015 mit dem Spielzeitbeginn der Philharmonie beginnen könne.

5 Minuten Auszeit

Die Oberbürgermeisterin bittet den Stadtrat, wieder Platz zu nehmen, um in die Abstimmung eintreten zu können.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Schollbach beantragt das Schlusswort für die Einreicher des Antrages.

Die Oberbürgermeisterin verweist darauf, dass sie vor der Auszeit nachgefragt habe, ob noch Redebedarf bestehe. Sie sei davon ausgegangen, dass Frau Stadträtin Lattmann das Schlusswort gehalten habe.

Herr Stadtrat Schollbach stellt klar, dass das so nicht richtig sei. Die Oberbürgermeisterin habe Herrn Bürgermeister Dr. Lunau das Wort erteilt, danach sei der Stadtrat in die Auszeit gegangen. Er zitiert § 11 Absatz 7 letzter Satz, wonach der Antragsteller nach Abschluss der Debatte das Schlusswort erhalte. Hiermit melde er das Schlusswort für die Fraktion DIE LINKE. an.

Die Oberbürgermeisterin widerspricht Herrn Stadtrat Schollbach. Sie habe Frau Stadträtin Lattmann gebeten, das Schlusswort zu halten. Dagegen habe sie nicht widersprochen. Weiterhin verweist sie darauf, dass die Verwaltung jederzeit das Wort ergreifen könne.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mit 21 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit 22 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen ab.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung
Ja 22 Nein 33 Enthaltung 13

5 Umbesetzung im Petitionsausschuss

**A0532/12
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den ersten Wahlvorgang zu **TOP 5**, TOP 6, TOP 7, TOP 8, TOP 9 und TOP 21. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,61) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,73) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	12 Stimmen (1,89) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,10) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,41) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = 1 Sitz

Beschluss:

Der Stadtrat wählt analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 und § 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Petitionsausschusses.

Mitglied**1. Stellvertreter/-in****2. Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Ingo Flemming	Steffen Kaden	Stefan Zinkler
Sebastian Kieslich	Lars-Detlef Kluger	Silke Schöps
Angelika Malberg	Horst Uhlig	Dr. Georg Böhme-Korn
Christa Müller	Peter Krüger	Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

Gunild Lattmann	Anja Apel	Annekatriin Klepsch
Andreas Naumann	André Schollbach	Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Trepte	Christiane Filius-Jehne	Andrea Schubert
Torsten Schulze	Jens Hoffsommer	Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Peter Bartels	Sabine Friedel	Thomas Blümel
---------------	----------------	---------------

FDP-Fraktion

Jens Genschmar	André Schindler	Jens-Uwe Zastrow
----------------	-----------------	------------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler	Christoph Hille	Jan Kaboth
--------------	-----------------	------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

6 Nachwahl für die Verbandsversammlung und den Hauptausschuss des Zweckverbandes Oberelbe (Z-VOE) V1477/12 beschließend

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Mehrheitswahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den ersten Wahlvorgang zu TOP 5, **TOP 6**, TOP 7, TOP 8, TOP 9 und TOP 21. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Mehrheitswahl:

Ja 52 Nein 14

Beschluss:

Der Stadtrat wählt gemäß § 52 Abs. 3 Satz 2 SächsKomZG folgende Person als weiteren Vertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe (Z-VOE) als Nachbesetzung für Herrn Eberhard Rink:

André Schindler, FDP-Fraktion

Bei einer Wahl des bisherigen Stellvertreters Herrn André Schindler zum weiteren Vertreter wird folgende Person als dessen Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe (Z-VOE) gewählt:

Matteo Böhme, FDP-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

gewählt

7 Umbesetzung im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit

**A0547/12
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den ersten Wahlvorgang zu TOP 5, TOP 6, **TOP 7**, TOP 8, TOP 9 und TOP 21. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,61) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,89) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,73) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,10) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,41) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = 1 Sitz

Beschluss:

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 und § 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit.

Mitglied

1. Stellvertreter/-in

2. Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Jan Donhauser
Elke Fischer
Lars-Detlef Kluger
Monika Schiemann

Angelika Malberg
Gunter Thiele
Silke Schöps
Ingo Flemming

Lothar Klein
Anke Wagner
Dr. Gudrun Böhm
Dr. Hans-Joachim Brauns

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel
Jens Matthis

André Schollbach
Tilo Kießling

Gunild Lattmann
Annekatriin Klepsch

Fraktion Bündnis 90/Die GrünenMargit Haase
Gerit ThomasChristiane Filius-Jehne
Thomas TrepteUlrike Hinz
Thomas Löser**SPD-Fraktion**

Martin Bertram

Sabine Friedel

Dr. Peter Lames

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow

Dr. Thoralf Gebel

Matteo Böhme

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Jan Kaboth

Franz-Josef Fischer

Christoph Hille

Abstimmungsergebnis:

gewählt

8 Umbesetzung im Ausschuss für Kultur**A0549/12
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den ersten Wahlvorgang zu TOP 5, TOP 6, TOP 7, **TOP 8**, TOP 9 und TOP 21. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 5 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,89) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (2,03) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	10 Stimmen (1,69) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,19) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,52) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,68) = 1 Sitz

Beschluss:

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 und § 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Kultur.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
CDU-Fraktion		
Sebastian Kieslich Christa Müller Horst Uhlig Stefan Zinkler	Peter Krüger Dietmar Haßler Dr. Gudrun Böhm Anke Wagner	Steffen Kaden Elke Fischer Gunter Thiele Lothar Klein
Fraktion DIE LINKE.		
Annekatriin Klepsch Gunild Lattmann	Tilo Kießling Anja Apel	Katrin Mehlhorn Kristin Klaudia Kaufmann
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Christiane Filius-Jehne Ulrike Hinz	Torsten Schulze Elke Zimmermann	Thomas Löser Thomas Trepte
SPD-Fraktion		
Wilm Heinrich	Richard Kaniewski	Martin Bertram
FDP-Fraktion		
Matteo Böhme	Barbara Lässig	André Schindler
BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion		
Jan Kaboth	Christoph Hille	Anita Köhler

Abstimmungsergebnis:

gewählt

9 Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung

**A0548/12
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den ersten Wahlvorgang zu TOP 5, TOP 6, TOP 7, TOP 8, **TOP 9** und TOP 21. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,61) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,89) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,73) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,10) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,41) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = 1 Sitz

Beschluss:

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 und § 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
-----------------	------------------------------	------------------------------

CDU-Fraktion

Dr. Gudrun Böhm	Lothar Klein	Jan Donhauser
Ingo Flemming	Stefan Zinkler	Monika Schiemann
Dietmar Haßler	Klaus Rentsch	Gunter Thiele
Steffen Kaden	Christa Müller	Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

André Schollbach	Annekatriin Klepsch	Jens Matthis
Andreas Naumann	Tilo Wirtz	Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Daniels	Christiane Filius-Jehne	Andrea Schubert
Torsten Schulze	Thomas Trepte	Margit Haase

SPD-Fraktion

Dr. Peter Lames	Wilm Heinrich	Thomas Blümel
-----------------	---------------	---------------

FDP-Fraktion

Dr. Thoralf Gebel	Barbara Lässig	Jens Genschmar
-------------------	----------------	----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Christoph Hille	Jan Kaboth	Franz-Josef Fischer
-----------------	------------	---------------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

10 Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss

**A0552/12
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Mehrheitswahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den zweiten Wahlvorgang zu **TOP 10**, TOP 11, TOP 12, TOP 13 und TOP 14. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 3 ungültige Stimmen

Ergebnis der Mehrheitswahl:

Ja 57 Nein 9

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Barbara Lässig als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss. Jens-Uwe Zastrow wird Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:

gewählt

**11 Umbesetzung im Betriebsausschuss für IT-Dienstleistungen, Stadtentwässerung und Friedhofswesen A0550/12
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den zweiten Wahlvorgang zu TOP 10, **TOP 11**, TOP 12, TOP 13 und TOP 14. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,67) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,91) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	10 Stimmen (1,59) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,12) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,44) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,64) = 1 Sitz

Beschluss:

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 und § 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Betriebsausschusses für IT-Dienstleistungen, Stadtentwässerung und Friedhofswesen.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
CDU-Fraktion		
Elke Fischer Steffen Kaden Dr. Helfried Reuther Horst Uhlig	Dr. Georg Böhme-Korn Sebastian Kieslich Ingo Flemming Joachim Stübner	Dr. Gudrun Böhm Lars-Detlef Kluger Dietmar Haßler Anke Wagner
Fraktion DIE LINKE.		
Tilo Wirtz André Schollbach	Tilo Kießling Katrin Mehlhorn	Gunild Lattmann Andreas Naumann
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Elke Zimmermann Thomas Trepte	Andrea Schubert Thomas Löser	Jens Hoffsommer Christiane Filius-Jehne
SPD-Fraktion		
Sabine Friedel	Peter Bartels	Albrecht Pallas
FDP-Fraktion		
Jens Genschmar	Burkhard Vester	Dr. Thoralf Gebel
BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion		
Franz-Josef Fischer	Christoph Hille	Anita Köhler

Abstimmungsergebnis:

gewählt

12 Umbesetzung im Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen **A0551/12 beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den zweiten Wahlvorgang zu TOP 10, TOP 11, **TOP 12**, TOP 13 und TOP 14. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,67) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,91) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	10 Stimmen (1,59) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,12) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,44) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,64) = 1 Sitz

Beschluss:

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 und § 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindereinrichtungen.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
----------	-----------------------	-----------------------

CDU-Fraktion

Jan Donhauser	Sebastian Kieslich	Peter Krüger
Angelika Malberg	Joachim Stübner	Ingo Flemming
Christa Müller	Anke Wagner	Horst Uhlig
Silke Schöps	Dr. Gudrun Böhm	Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Jens Matthis	Tilo Kießling	Anja Apel
Hans-Jürgen Muskulus	Kristin Klaudia Kaufmann	Annekatriin Klepsch

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ulrike Hinz	Jens Hoffsommer	Gerit Thomas
Thomas Löser	Andrea Schubert	Margit Haase

SPD-Fraktion

Dr. Peter Lames	Wilm Heinrich	Thomas Blümel
-----------------	---------------	---------------

FDP-Fraktion

André Schindler	Dr. Frank Kroschinsky	Burkhard Vester
-----------------	-----------------------	-----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Christoph Hille	Anita Köhler	Jan Kaboth
-----------------	--------------	------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

13 Umbesetzung im Zeitweiligen Ausschuss "Untersuchung des Verwaltungshandelns bei der Festsetzung von Straßenausbaubeiträgen"

**A0553/12
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den zweiten Wahlvorgang zu TOP 10, TOP 11, TOP 12, TOP 13 und TOP 14. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,67) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,91) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	10 Stimmen (1,59) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,12) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,44) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,64) = 1 Sitz

Beschluss:

Der Stadtrat wählt die Mitglieder/Stellvertreterinnen und Stellvertreter für den Zeitweiligen Ausschuss „Untersuchung des Verwaltungshandelns bei der Festsetzung von Straßenausbaubeiträgen“.

Mitglied

Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Dr. Hans-Joachim Brauns
Lars-Detlef Kluger
Joachim Stübner
Gunter Thiele

Silke Schöps
Peter Krüger
Ingo Flemming
Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling
Tilo Wirtz

Andreas Naumann
André Schollbach

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Trepte
Ulrike Hinz

Margit Haase
Christiane Filius-Jehne

SPD-Fraktion

Sabine Friedel

Thomas Blümel

FDP-Fraktion

Matteo Böhme

Jens-Uwe Zatrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Jan Kaboth

Christoph Hille

Abstimmungsergebnis:

gewählt

14 Umbesetzung im Ortsbeirat Prohlis**A0560/12
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Mehrheitswahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den zweiten Wahlvorgang zu TOP 10, TOP 11, TOP 12, TOP 13 und **TOP 14**. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 3 ungültige Stimmen

Ergebnis der Mehrheitswahl:

Ja 61 Nein 6

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Martin Pätzig, 01239 Dresden, Am Geberbach 1, als Stellvertreter für das Mitglied Jens Genschmar in den Ortsbeirat Prohlis.

Alexander Mütze scheidet aus.

Abstimmungsergebnis:

gewählt

15 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

16 Verkauf des Grundstückes Liliengasse 19 **V1353/11**
beschließend

Vertagung

17 Neubau des Gymnasiums Bürgerwiese mit Dreifeldsporthalle, sowie Herstellung der Sport- und Pausenfreiflächen, Parkstraße 4, 01069 Dresden **V1383/11**
beschließend

Vertagung

18 Bebauungsplan Nr. 194 B, Dresden-Friedrichstadt Nr. 10, Stadthäuser (ehemaliges Bramsch-Areal) **V1495/12**
beschließend
hier:
1. Abwägungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung

Vertagung

19 Verordnung der Landeshauptstadt Dresden über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonntagen im Jahr 2012 **V1423/11**
beschließend

Vertagung

20 Verordnung der Landeshauptstadt Dresden über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem regionalen Anlass an Sonntagen im Jahr 2012 **V1425/11**
beschließend

Vertagung

21 Schaffung eines "Dresdner Revolutionsweges" als Gedenkweg mit ausgewählten Stationen zur Erinnerung an die Ereignisse und den Verlauf der Friedlichen Revolution 1989/90 **V1337/11**
beschließend

Die Oberbürgermeisterin gibt folgende Änderungen in der Vorschlagsliste für die Mitglieder der Gestaltungskommission bekannt:

Anstelle von Prof. Anja Besand: Prof. Dr. Frank-Michael Kuhleemann, Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden

Anstelle von Prof. Olaf Lauströer: Lydia Hempel, Kunsthistorikerin, Hochschule für Bildende Künste

Die Oberbürgermeisterin bemerkt, dass 3 Kandidaten aus der Mitte des Stadtrates vorgeschlagen wurden, aber nur 2 Plätze zur Verfügung stehen. Deshalb erfolgt eine Mehrheitswahl.

Herr Bürgermeister Dr. Lunau erläutert und begründet die Vorlage.

Herr Stadtrat Bertram legt dar, dass es nur bei der Besetzung der Kommission noch Diskussionen gegeben habe. Die Ursprungsintention der Besetzung mit jeweils einer Person von einer „Hälfte“ des Stadtrates solle beibehalten werden.

Herr Stadtrat Kieslich meint, das vorliegende Konzept trage zu einer noch größeren Unterstützung im Stadtrat bei. Es erinnere in würdiger Form an die Ereignisse der Revolution und ermögliche es den Menschen, sich mit der Geschichte der Stadt auseinanderzusetzen. Besonders sinnvoll sei die Wissensvermittlung im Schulunterricht.

In den Mitgliedern der Gestaltungskommission sei ein breiter gesellschaftlicher Konsens in der Erinnerung an die Revolution ersichtlich.

Frau Stadträtin Zimmermann erklärt, dass die Erinnerungen und Erfahrungen an die Friedliche Revolution beibehalten werden müssen. Viele Ziele des damaligen Antrages seien nun verschwunden, denn teilweise gebe es den Wunsch nach Transparenz nicht mehr. Dafür würden mehr ideologische Argumente benannt. Die Einrichtung des Themenstadtplans und eines Audioguides seien gute Ansätze, welche angewandt und beworben werden sollten.

Sie bemerkt kritisch, dass die Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten kaum beachtet würden. Die Verwaltung habe jedoch den beschlossenen Antrag qualifiziert bearbeitet.

Frau Stadträtin Klepsch erläutert, dass sich die nächsten Generationen mit der Geschichte auseinandersetzen können sollten. Fachleute der Geschichte und Didaktik in der politischen Bildung sollten sich in der Gestaltungskommission einbringen können, was gelungen sei. Frau Stadträtin Hinz sei Zeitzeugin gewesen und sollte in der Gestaltungskommission mitwirken können.

Herr Stadtrat Krien stellt fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Lunau im Herbst 1989 in Jena studiert und auf der „anderen Seite“ gestanden habe.

Herr Stadtrat Zinkler hebt hervor, dass sich Herr Stadtrat Kieslich monatelang mit dem Thema befasst habe und es ohne ihn noch lange keinen Revolutionsweg geben würde. Er zitiert aus der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 14. Juli 2011 und ist der Meinung, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen damit für die Teilnahme an der Gestaltungskommission disqualifiziere.

Frau Stadträtin Filius-Jehne bemerkt, dass das Konzept in einer Sitzung des Ausschusses für Kultur vorgestellt worden sei und dies habe mit Denkmälern und Gedenkplatten nichts zu tun. Von diesen würde es in der Stadt viele geben. Der Vorschlag sei ästhetisch gelungen, jedoch hätte man sich bei der Wahl der Stadtratsvertreterinnen und -vertreter der Kommission anders einigen können.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Kultur mit 65 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den ersten Wahlvorgang zu TOP 5, TOP 6, TOP 7, TOP 8, TOP 9 und **TOP 21**. Die Mitglieder des Stadtrates werden namentlich aufgerufen mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel:	71
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	71, davon 2 ungültige Stimmen

Ergebnis der Mehrheitswahl:

Sebastian Kieslich	39 Stimmen
Ulrike Hinz	32 Stimmen
Jens Genschmar	36 Stimmen

Beschluss:

1. Das Konzept zur Gestaltung des „Dresdner Revolutionsweges“ gemäß Anlage 1 wird bestätigt.
2. Der Stadtrat stimmt den vorgeschlagenen Mitgliedern der Gestaltungskommission zu und wählt zwei Stadträte zur Berufung in die Gestaltungskommission:
 - Dr. Erika Eschebach, Stadtmuseum Dresden, Museen der Stadt Dresden
 - Dr. Barbara Engel, Stadtplanungsamt
 - Prof. Dr. Frank-Michael Kuhlemann, Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden
 - Prof. Dr. Günther Heydemann, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. Dresden
 - Lydia Hempel, Kunsthistorikerin, Hochschule für Bildende Künste
 - Frank Richter, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
 - Dr. Ralf Lunau, Beigeordneter für Kultur, als nicht stimmberechtigter Vorsitzender
 - Sebastian Kieslich, Stadtrat
 - Jens Genschmar, Stadtrat

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 65 Nein 1 Enthaltung 4

22 Sächsischer Familientag 2014 in Dresden**V0914/11
beschließend**

Vertagung

23 Festlegung des Kostensatzes zur Betreuung des Übergangswohnheimes Hechtstraße 10**V1394/11
beschließend**

Vertagung

24 Festlegung des Kostensatzes zur Betreuung des Übergangswohnheimes Hubertusstraße 36 c**V1415/11
beschließend**

Vertagung

- | | | |
|----|--|--|
| 25 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6007, Dresden-Neustadt, Globus SB-Markt am Alten Leipziger Bahnhof
hier: <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufstellungsbeschluss vorhabenbezogener Bebauungsplan 2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes | V1234/11
beschließend |
|----|--|--|

Vertagung

- | | | |
|----|--|--|
| 26 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6006, Dresden-Cotta, Am Frosch
hier: <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufstellungsbeschluss vorhabenbezogener Bebauungsplan 2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes | V1418/11
beschließend |
|----|--|--|

Vertagung

- | | | |
|----|---|--|
| 27 | Hochwasserschutz Laubegast - Weiteres Vorgehen einschließlich Umgang mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses | V1328/11
beschließend |
|----|---|--|

Vertagung

- | | | |
|----|---|--|
| 28 | Schlosspark Pillnitz muss unentgeltlich zugänglich bleiben | A0544/12
beschließend |
|----|---|--|

Aus der Mitte des Stadtrates wird die Bitte geäußert, TOP 28 sofort zu behandeln.

Die Oberbürgermeisterin betont, dass es gleich 22 Uhr sei und 2010 moniert worden sei, dass die Sitzungen pünktlich beendet werden sollen.

Geschäftsordnungsantrag

Frau Stadträtin Köhler beantragt, den TOP 28 ohne Debatte durchzuführen.

Herr Stadtrat Schollbach bemerkt, dass die Tagesordnung so beschlossen worden sei, dass unmittelbar nach dem TOP 37 der TOP 28 behandelt wird. Der TOP könne aufgerufen werden, da es noch nicht 22 Uhr sei. Der Antrag auf Behandlung ohne Debatte sei jedoch unzulässig, und er meldet Redebedarf an.

Herr Stadtrat Kaboth erklärt, der 1. April 2012 stehe als Termin, weswegen es für Herrn Decker sehr wichtig sei, heute einen Beschluss fassen zu lassen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Behandlung von TOP 28 ohne Debatte mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Kultur mit 38 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Dr. Peter Lames, SPD-Fraktion:

„Ich möchte dann doch eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben. Und zwar zu dem Ansinnen, dass dieses Thema hier ohne Debatte behandelt werden soll. Wir haben jetzt einen Beschluss, ich sage aber auch ganz deutlich, dass das ein Umgang mit der Geschäftsordnung ist, den man so nicht akzeptieren kann und wirklich auch ein Rückfall in Zeiten, die wir uns glaube ich nicht hier wieder wünschen, erst recht nicht in Tagen, wo wir einen Revolutionsweg beschlossen haben, denn es kann nicht so sein, dass die Minderheit bestimmt, worüber hier debattiert werden kann, das steht in unserer Geschäftsordnung und insofern ist das ein ausgesprochen – insofern eine Mehrheit sagt, worüber debattiert werden kann oder nicht. Da gibt es Minderheitenrecht und die haben wir zu wahren. Das war jetzt im Interesse der Sache, dass wir hier einen Beschluss gefunden haben, der im Interesse auch der Stadt ist. Ihr Abstimmungsverhalten ist bezeichnend, aber vielleicht kommen Sie auf den ein oder anderen guten Vorsatz dann doch nochmal zurück.“

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. gegenüber allen zuständigen Stellen des Freistaates Sachsen darauf hinzuwirken, dass der Schlosspark Pillnitz weiterhin wie bisher zugänglich und grundsätzlich unentgeltlich zu betreten ist.
2. bis spätestens 30. März 2012 in einer Einwohnerversammlung möglichst in Pillnitz, jedenfalls im Ortsamtsbereich Loschwitz, über ihre Aktivitäten und deren Ergebnisse zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 38 Nein 33 Enthaltung 0

29	Verbesserung der Bedingungen schulischer Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedarfen in Dresden	A0485/11 beschließend
-----------	--	----------------------------------

Vertagung

30	Sondervermögen Schulbauten	A0521/12 beschließend
-----------	-----------------------------------	----------------------------------

Vertagung

31	Deine Stadt - Dein Geld! Bürgerhaushalt jetzt vorbereiten!	A0526/12 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Vertagung

32 Einrichtung von Fahrradstellplätzen **A0527/12
beschließend**

Vertagung

33 Schulleitungen in die Schulnetzplanung einbeziehen **A0538/12
beschließend**

Vertagung

34 Bildung eines Beirates zur Verbesserung der sozialen Integration wohnungsloser Menschen oder von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen in Dresden **A0540/12
beschließend**

Vertagung

35 Gerechte Kosten der Unterkunft und Heizung - jetzt richtiges schlüssiges Konzept für Dresden **A0545/12
beschließend**

Vertagung

36 Zukunftskonzept für die städtischen Krankenhäuser (10-Punkte-Plan) **A0558/12
beschließend**

Vertagung

Helma Orosz
Vorsitzende

Elsa Claus
Schriftführerin

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Joachim Stübner
Stadträtin/Stadtrat

Gerit Thomas
Stadträtin/Stadtrat